



Deutsches Institut  
für Menschenrechte

Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention

# Die Situation von Menschen mit Behinderungen in der Pandemie aus menschenrechtlicher Perspektive

14. Vollversammlung des Behindertenbeirates

Dr. Jana Offergeld

Monitoring-Stelle UN-BRK

## Menschenrechtlicher Rahmen

---

**Artikel 3 UN-BRK** Allgemeine Perspektiven, insbesondere

- Nicht-Diskriminierung
- Würde & Autonomie

**Artikel 11 UN-BRK** Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen

**Artikel 25 UNBRK** Gesundheit

# Positionspapier

## Covid-19: Auswirkungen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Position vom 28.05.2021

Abrufbar über <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/covid-19-auswirkungen-auf-die-rechte-von-menschen-mit-behinderungen>

Deutsches Institut  
für Menschenrechte

Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention

### Covid-19: Auswirkungen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Warum ein konsequentes Disability Mainstreaming in der Pandemiebekämpfung nötig ist

#### Position

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, dass auch zwölf Jahre nach dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention noch weit von einer inklusiven Gesellschaft entfernt. Die Situation von Menschen mit Behinderungen wird in der Pandemiebekämpfung nicht ausreichend berücksichtigt. Eine angemessene Berücksichtigung ihrer Gesundheit und Selbstbestimmungsrechte ist Voraussetzung, damit es eines konsequenten Disability Mainstreaming.

Menschen mit Behinderungen sind besonders hart von der Pandemie betroffen. Die Folgen für sie sind nicht nur gesundheitlicher, sondern auch sozialer Natur. Die Pandemie verstärkt bestehende Ungleichheiten und führt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten. Die Corona-Pandemie verstärkt bestehende Ungleichheiten und führt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten. Die Corona-Pandemie verstärkt bestehende Ungleichheiten und führt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten.

Ausgangspunkt der Konvention ist die Achtung menschenrechtlicher Standards – diese sind für alle gleichermaßen gültig. Als Vertragspartei der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) muss die Regierung des Vereinigten Königreichs die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen.

Zugang zu Schutzmaterialien und Impfstoffen  
Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen. Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Pandemie berücksichtigen.

# 1. Zugang zu Schutzmaterialien und Impfungen

---

## ... in Einrichtungen:

- Verteilung medizinischer Masken und Testmaterialien in Einrichtungen der Eingliederungshilfe häufig verzögert im Vergleich zu Pflegeheimen
- Im Gegensatz zur Pflege keine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung von außerordentlichen Aufwendungen sowie Mindereinnahmen (§ 150 SGB XI) und keine Sonderleistungen für Beschäftigte (§150a SGB XI)

# 1. Zugang zu Schutzmaterialien und Impfungen

---

**...außerhalb von Einrichtungen:** Insbesondere Menschen mit Behinderungen, die mit oder ohne Assistenz außerhalb von Einrichtungen leben, wurden nicht ausreichend berücksichtigt, auch wenn ein hohes Risiko für einen schweren Verlauf vorlag:

- Kein ausreichender Zugang zu vergünstigten Schutzmaterialien
- Späte Berücksichtigung bei der Impfpriorisierung in Form von Einzelfallentscheidungen

## 2. Isolation in stationären Einrichtungen

---

- Berichte über Besuchsverbote, Ausgangsbeschränkungen und freiheitseinschränkende Maßnahmen
- Wegfall externer Kontrollen, z.B. durch Heimaufsicht und Besuchskommissionen
- Abwägung der Verhältnismäßigkeit von Infektionsschutzmaßnahmen zu Lasten der Freiheits- und Teilhaberechte: andere Maßstäbe bezüglich der Zumutbarkeit

# 3. Zugang zur intensivmedizinischen Versorgung

---

Leitende Orientierungshilfe für Triage-Situationen ist die DIVI-Leitlinie:

- Priorisierung „aufgrund des kalendarischen Alters, aufgrund sozialer Merkmale oder aufgrund bestimmter Grunderkrankungen oder Behinderungen“ nicht legitim
- Aber: Anwendung medizinischer Skalen anhand derer ältere und beeinträchtigte Menschen ein höheres Risiko tragen, einen geringen Therapieerfolg prognostiziert zu bekommen

# 3. Zugang zur intensivmedizinischen Versorgung

---

Kam es zur Triage vor der Triage?

- Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBO) berichtet von Vorfällen, in denen Menschen mit Behinderungen trotz schwerem Verlauf nicht in ein Krankenhaus eingeliefert wurden.



# 4. Politische Partizipation in der Pandemiebekämpfung

---

- Selbstvertretungsorganisationen kritisieren fehlende Partizipationsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen
  - Z.B. kaum Beteiligung in den Anhörungen des Gesundheitsausschusses des Bundestags
  - Rückmeldungen zu Verordnungen und gesetzliche Änderungen durch Kurzfristigkeit erschwert, vor allem für kleinere Vereine

# „Blinde Flecken“ im Positionspapier

---

## Bildung

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen blieben in Konzepten für den Distanzunterricht weitgehend unberücksichtigt, Fehlen individueller Lernunterstützung, keine explizite Berücksichtigung im Corona-Aufholprogramm

## Arbeit

Schließung von WfbM; Wegfall berufsbezogener Bildungsangebote; kein Zugriff auf Kurzarbeitergeld für WfbM-Beschäftigte, stattdessen Änderung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung

# Zentrale Empfehlungen aus dem Positionspapier

---

1. Konsequentes **Disability Mainstreaming**
2. **Partizipation** von Menschen mit Behinderungen und ihrer Selbstvertretung in politischen Entscheidungsprozessen und Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen
3. **Aufarbeitung der Pandemiegeschehnisse**, z.B. durch inklusiv besetzte Kommission
4. Umfassender Auf- und Ausbau eines **inklusiven Gesundheitssystems**